

2

RAHMENBEDINGUNGEN IM INTERNATIONALEN KLIMASCHUTZ

2 Rahmenbedingungen im internationalen Klimaschutz

2.1. Entwicklungen in der Klimapolitik

2.1.1. Internationale Klimapolitik

Das bedeutendste jährliche Ereignis in der internationalen Klimapolitik ist die Weltklimakonferenz samt ihren Vorbereitungstreffen. Die 19. Weltklimakonferenz der Vereinten Nationen (UN) fand im November in Warschau, Polen, statt. Sie wird als ein Zwischenschritt auf dem Weg zu einem umfassenden Weltklimaabkommen, das bei der 21. Weltklimakonferenz Ende 2015 in Paris beschlossen werden soll, gesehen. An der Konferenz nahmen mehr als 10.000 Delegierte teil, davon ca. 4.800 RegierungsvertreterInnen, 4.300 NGOs und fast 1.000 MedienvertreterInnen. Das politische Hauptziel, konkrete weitere Schritte und Meilensteine für die Verhandlungen in den kommenden zwei Jahren festzulegen, konnte erreicht werden, eine Einigung auf spezifische Inhalte des Abkommens gab es aber erwartungsgemäß nicht.

Die Europäische Union (EU) hatte bereits im Vorfeld der Konferenz einen sogenannten „schrittweisen Ansatz“ vorgeschlagen, demzufolge alle Staaten im Jahr 2014 Verpflichtungen zur Emissionsreduktion ab 2020 („proposed commitments“) vorlegen sollten, welche dann international zu bewerten wären.

Bei der Konferenz in Warschau hat man sich auf folgende Ergebnisse geeinigt:

- Die Verhandlungsgruppe ADP („Ad-Hoc Working Group on the Durban Platform“; das ist jene Arbeitsgruppe, die das neue Abkommen ausarbeiten soll) soll beginnend mit dem ersten Treffen im März 2014 konkrete Elemente für den Entwurf eines Verhandlungstextes ausarbeiten.
- Alle Staaten werden eingeladen, ihre nationalen Beiträge zu globalen Emissionsreduktionen rechtzeitig vor der Klimakonferenz 2015 vorzulegen (vorzugsweise zum 1. Quartal 2015).
- Die ADP soll bis zur Weltklimakonferenz 2014 Kriterien vorgeben, die die Staaten verwenden sollen, wenn sie ihre Beiträge formulieren.

Ebenfalls erwähnenswert ist die Einigung auf die Errichtung eines Internationalen Warschauer Mechanismus für Verluste und Schäden („loss and damage“), die trotz Emissionsreduktion und Anpassung unvermeidlich sind. Dies war eine Kernforderung insbesondere der kleinen Inselstaaten. Auch auf ein umfangreiches Paket an Entscheidungen zu REDD+, der Verminderung der tropischen Entwaldung, einige man sich. Die Gespräche zur langfristigen Klimafinanzierung wurden fortgeführt und die Richtlinien für das Berichtswesen und die Überprüfung der Berichtslegung der Entwicklungsländer fertiggestellt.

2.1.2. Klimapolitik in der EU

Die EU ist weiterhin die treibende Kraft in der internationalen Klimapolitik, was u. a. in zahlreichen Schlussfolgerungen des Europäischen Rates in der jüngeren Vergangenheit zum Ausdruck gebracht wurde. Es liegt ein klares politisches Bekenntnis zum sog. 2 °C-Ziel (Beschränkung der Temperaturzunahme im globalen Mittel gegenüber vorindustrieller Zeit) sowie zu der damit einhergehenden Notwendigkeit, die Treibhausgasemissionen der Industriestaaten bis 2050 um 80 bis 95 % zu reduzieren, vor.

Mit dem Klima- und Energiepaket für die Periode bis 2020 wurden bereits konkrete Zielsetzungen in Bezug auf die Treibhausgasemissionsreduktion, den Anteil erneuerbarer Energieträger am Bruttoendenergieverbrauch sowie die Verbesserung der Energieeffizienz festgelegt. Das Emissionsreduktionsziel von -20 % bis 2020 gegenüber 1990 könnte auf bis zu -30 % ausgeweitet werden, soweit auch andere Staaten ähnliche Verpflichtungen einzugehen bereit sind. Auf der Grundlage der vorliegenden Angebote sowie nach internationaler Einigung über die Ziele in der zweiten Verpflichtungsperiode (2013 bis 2020) nach dem Kyoto-Protokoll ist davon allerdings derzeit nicht auszugehen.

Nachdem der rechtliche Rahmen sowie die einzelnen Umsetzungsschritte für die Periode bis 2020 abgeschlossen sind – zuletzt wurden im Herbst 2013 die Zuteilungsmengen je Anlage im EU-Emissionshandelssystem bis 2020 fixiert – wird nun in der EU das politische Hauptaugenmerk auf den nächsten Zwischenschritt in der Klima- und Energiepolitik bis 2030 gelegt. Die Europäische Kommission hat daher am 27.3.2013 ihr Grünbuch „Ein Rahmen für die Klima- und die Energiepolitik bis 2030“ vorgelegt und einer Stakeholder-Konsultation bis Anfang Juli 2013 unterzogen. Die insgesamt 556 eingegangenen Beiträge von Seiten der BürgerInnen, Behörden und Nichtregierungsorganisationen wurden in der Folge von der Kommission bei der Erstellung eines Klima- und Energiepakets bis 2030 berücksichtigt. Am 22.1.2014 hat die Kommission schließlich eine Mitteilung über den klima- und energiepolitischen Rahmen bis 2030 vorgelegt, worin die folgenden Kernelemente enthalten sind:

- Reduktion der Treibhausgasemissionen um 40 % gegenüber 1990.
- Aufteilung dieses Ziels auf Emissionshandelssektoren (-43 % gegenüber 2005) und Nichthandelssektoren (-30 % gegenüber 2005), wobei das Ziel für die Nichthandelssektoren (insbesondere Verkehr, Gebäude, Landwirtschaft, Abfallwirtschaft) wie bisher auch zwischen den Mitgliedstaaten aufgeteilt werden soll (Methodik noch offen).
- EU-weites Ziel einer Anhebung des Anteils erneuerbarer Energiequellen am Gesamtverbrauch auf 27 % (keine Aufteilung auf Mitgliedstaaten).

Für den Bereich Energieeffizienz wurde vorerst noch kein Ziel formuliert, eine Überprüfung des geltenden Rechtsrahmens wurde für Ende 2014 angekündigt.

Das Paket beinhaltet auch einen Vorschlag für eine Reform des EU-Emissionshandelssystems durch Einführung einer sogenannten Marktstabilitätsreserve ab 2021. Damit sollen künftig stark schwankende Preise am Markt infolge von Überschüssen oder Verknappungen von Zertifikaten am Markt durch eine Liquiditätssteuerung vermieden werden. Nach Einschätzung der Kommission handelt es sich bei dem gewählten Paket um einen kosteneffizienten, insbesondere vom CO₂-Preis getriebenen Gesamtansatz, der eine Einhaltung des Zielpfads hin zu einem -80 %-Ziel bis 2050 sicherstellen kann. Die Mitteilung wird von einer umfassenden Folgenabschätzung begleitet, in der insbesondere die Ergebnisse unterschiedlicher modellbasierter Szenarien (Referenz und Zielszenarien) dargestellt werden.

2 Rahmenbedingungen im internationalen Klimaschutz

In weiterer Folge werden der Europäische Rat (erste Orientierungsdebatte 20./ 21.3.2014) und das Europäische Parlament mit der Mitteilung befasst. Die Kommission strebt eine Einigung auf die Kernbestandteile des Pakets bis Ende 2014 an, sodass die EU Anfang 2015 ihr Reduktionsangebot für ein internationales Klimaabkommen in Paris darlegen kann.

2.1.3. Nationale Klimapolitik

Gemäß dem Klima- und Energiepaket sind EU-weit die Treibhausgasemissionen (THG-Emissionen) bis 2020 um 20 % gegenüber 1990 zu reduzieren. Österreich ist dabei verpflichtet, seine THG-Emissionen in Sektoren außerhalb des Emissionshandels bis 2020 um 16 % gegenüber 2005 zu reduzieren. Mit dem Jahr 2013 gilt dabei ein linearer Ziel-Pfad, der eine kontinuierliche Verringerung der THG-Emissionen bis 2020 vorsieht. Für die Emissionshandelssektoren im EU-ETS (Industrie, Energiewirtschaft) gilt ein EU-einheitliches Ziel von -21 % gegenüber 2005.

Mit dem Klimaschutzgesetz, welches seit Oktober 2011 in Kraft ist, ist Österreich auf diese Zielsetzungen vorbereitet. Das Klimaschutzgesetz sieht eine Aufteilung der Emissionen für die Periode 2013 bis 2020 auf die einzelnen Verursachersektoren vor. Die Zieleinhaltung der Sektoren wird beobachtet, jährliche Berichte an das Parlament geben Auskunft über die Fortschritte. Im Juni 2013 wurde in der Bundesregierung dazu ein Bund-Länder-Maßnahmenprogramm für die Jahre 2013 und 2014 beschlossen.

Derzeit läuft das Umsetzungsmonitoring zu diesen Maßnahmen in einer eigenen Bund-Länder Arbeitsgruppe – das Nachfolgeprogramm zur Umsetzung der Klimaschutzziele ab 2015 wird 2014 zwischen Bund und Ländern abgestimmt werden.

2.2. Entwicklungen am Carbon-Markt

In Abhängigkeit von politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gibt es auf dem Carbon-Markt – europäisch und weltweit – divergierende Entwicklungen. Während in Europa der Markt für Emissionsrechte und Offsetzertifikate aus internationalen Klimaschutzmechanismen wie JI und CDM nach wie vor von den Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise gekennzeichnet ist, gibt es auf internationaler Ebene in mehreren Ländern oder Regionen Anstrengungen, marktbaserte Instrumente wie Emissionshandelssysteme verstärkt zu nutzen, um Emissionen zu senken.

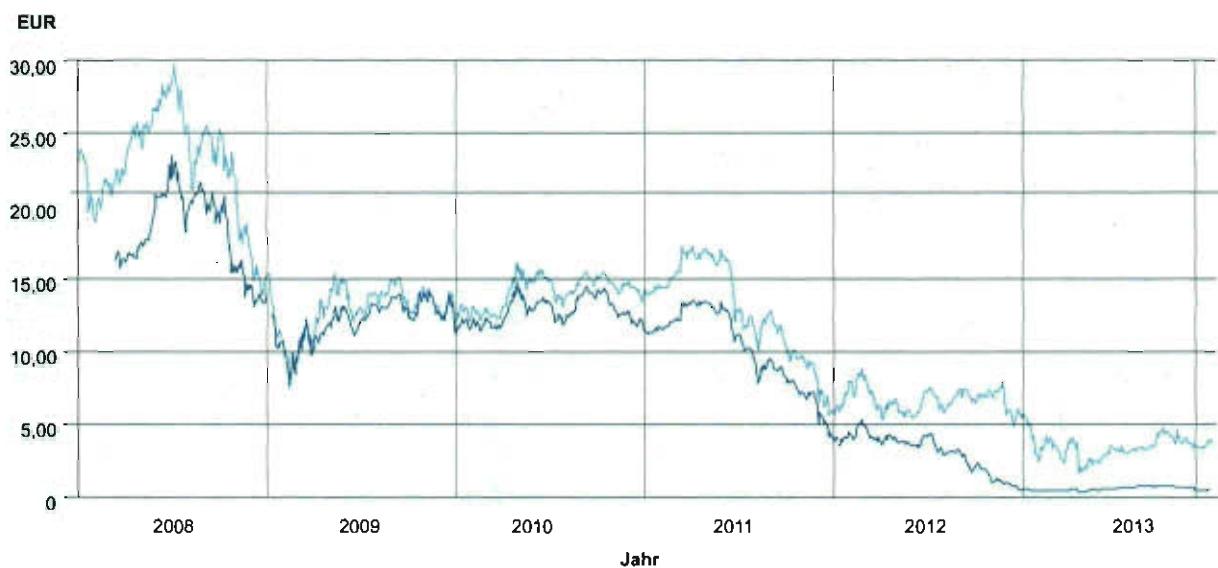
EU-Emissionshandelssystem

Die Preise für Emissionsrechte (EUAs) in der derzeitigen dritten Phase des EU-Emissionshandelssystems (2013 bis 2020) haben sich durch den anhaltenden Einfluss der Wirtschaftskrise in Europa noch nicht erholt, sondern sind im Vergleich zum Niveau der zweiten Phase (2008 bis 2012) weiter gesunken (Grafik 1). Der sinkende EUA-Preis hat auch die Preise für JI- und CDM-Zertifikate mit in die Tiefe gerissen.

Grund für den Preisverfall ist das massive Überangebot an Emissionsrechten im Markt. Ausgelöst wurde dieses durch einen krisenbedingten Rückgang an Emissionen bei gleichbleibendem Angebot an EUAs. Der niedrige Preis für EUAs, der sich im Jahr 2013 zwischen rund drei und sechs Euro bewegte, stellt nicht mehr genügend Anreiz für Unternehmen dar, klimafreundliche Technologien in langfristigen Investitionsentscheidungen zu berücksichtigen. Das europäische Emissionshandelssystem bedarf daher einer Anpassung, um die Funktionalität des Marktes in Europa wieder herzustellen.

Verlauf von EUA-Preis und CER-Preis¹ 2008 bis 2013

■ EUA-Preis ■ CER-Preis



Quelle: BMLFUW/KPC, 2014

Grafik 1

Die EU-Kommission hat sich daher entschieden, die Auktionierung von rund 900 Millionen EUAs für einige Jahre zurückzuhalten („Backloading“), um die Preise kurzfristig zu erhöhen. Die LänderexpertInnen im Klimaschutzausschuss der EU haben diesem Vorschlag der Kommission im Jänner 2014 bereits zugestimmt. Das Parlament und der Rat haben den Weg für die Umsetzung dieses Vorschlags durch deren Zustimmung zu einer Änderung der EU-Emissionshandelsrichtlinie bereits im Dezember 2013 geebnet. Mittelfristig plant die Kommission, strukturelle Reformen umzusetzen, um die Nachfrage nach EUAs in der dritten Phase wieder nachhaltig zu stärken.

Langfristig wichtig für klimafreundliche Investitionsentscheidungen ist insbesondere für die Wirtschaft die Festlegung von Zielen zur Reduktion der Treibhausgase, die deutlich über 2020 hinausgehen. Mit dem „Fahrplan 2050“ hat die Kommission einen Pfad vorgegeben, der durch die Veröffentlichung des Klima- und Energiepakets Anfang 2014 weiter konkretisiert wurde. Diese ambitionierten Ziele sollen auch den Zertifikatspreis am europäischen Markt langfristig heben.

¹ Preise basieren auf Dezember-Kontrakten für jedes Jahr (Quelle: ICE).

3

LEISTUNGEN
DES JI/CDM-PROGRAMMS

3 Leistungen des JI/CDM-Programms

Ziel des Österreichischen JI/CDM-Programms ist es, durch Nutzung der projektbezogenen flexiblen Mechanismen Joint Implementation und Clean Development Mechanism (JI und CDM) sowie Green Investment Schemes (GIS) einen Beitrag zur Erreichung des österreichischen Kyoto-Ziels zu leisten.

Gegenstand des Programms ist vorrangig der Ankauf von Emissionsreduktionseinheiten (ERE) direkt aus JI- und CDM-Projekten sowie GIS und durch Beteiligungen an Fonds und Fazilitäten. Nachrangig konnten auch immaterielle Leistungen, die für die Durchführung von JI- und CDM-Projekten erforderlich sind (Baseline-Studien usw.), unterstützt werden.

Unter Bezug auf die nationale Klimastrategie wurde von politischer Seite bei der Vorbereitung des JI/CDM-Programms davon ausgegangen, durch Nutzung der projektbezogenen flexiblen Mechanismen die Lücke zwischen dem national erreichbaren Emissionsreduktionspotenzial und dem österreichischen Kyoto-Zielwert zu schließen. Dazu wurde mit der UFG-Novelle im April 2012 das Ankaufsziel von 45 Mio. Emissionsreduktionen auf maximal 80 Mio. Emissionsreduktionen angehoben.

3.1. Programmüberblick und Schwerpunkte im Jahr 2013

3.1.1. Projektportfolio im Überblick

Seit Bestehen des JI/CDM-Programms sind Ankäufe von rund 90 Mio. Tonnen Emissionsreduktionseinheiten beschlossen worden. Unter Berücksichtigung der nicht realisierten JI- und CDM-Projekte sowie der Ausfälle sind 71,8 Mio. Tonnen an Emissionsreduktionseinheiten vertraglich gesichert und auch bereits weitestgehend auf das österreichische Registerkonto geliefert. Der durchschnittliche Ankaufspreis für das Projektportfolio liegt bei 6,22 Euro pro Tonne (exklusive immaterieller Unterstützung).

Mit Ende 2013 besteht das Portfolio aus 74 Einzelverträgen², einschließlich

- einer Fondsbeteiligung beim Community Development Carbon Fund der Weltbank,
- zwei CDM-Fazilitäten mit Ecosecurities (für Small-Scale CDM-Projekte) und mit Southpole (für CDM-Projekte mit dem geografischen Schwerpunkt Asien) und
- neun GIS-Verträgen, davon zwei Verträge mit Bulgarien, je drei Verträge mit Estland und Lettland sowie ein Vertrag mit der Tschechischen Republik.

² Projektbeschreibungen finden Sie unter: www.publicconsulting.at/uploads/ji_cdm_programm_referenzprojekte.pdf

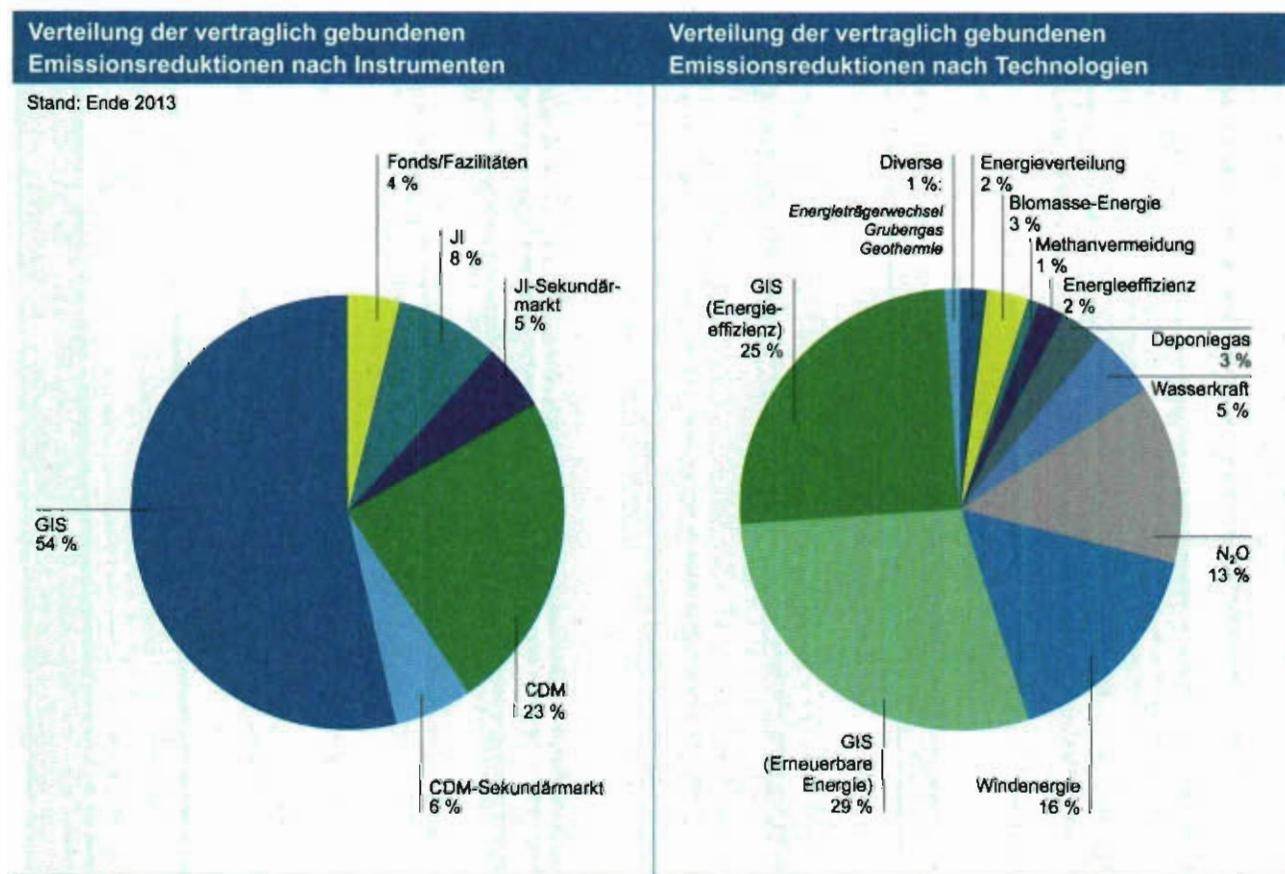
Zahlen und Fakten

Österreichs JI/CDM-Programm	
Programmstart	März 2003
Auftraggeber	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
Rechtsgrundlage	Umweltförderungsgesetz (UFG), Richtlinien für das österreichische JI/CDM-Programm
Ankaufsziel	maximal 80 Mio. Emissionszertifikate (tCO ₂ e)
Anzahl der Projekte unter Vertrag	74 Projekte
Portfoliovolume	mind. 71 Mio. Emissionszertifikate (tCO ₂ e) 37 CDM-Projekte, 11 CDM-Sekundärmarkttransaktionen 9 JI-Projekte, 5 JI-Sekundärmarkttransaktionen
Projekttypen	9 GIS 2 CDM-Fazilitäten 1 CDM-Fonds
Geografische Verteilung	Das Programm ist in 29 Ländern weltweit aktiv, davon: 10 in Asien, 7 in Südamerika, 6 in Zentral- und Osteuropa, 4 in Afrika und 2 am australischen Kontinent

Quelle: BMELFU/W/KPC, 2014

Tabelle 1

Die Grafiken 2 und 3 zeigen die Verteilung des aktuellen Portfolios nach Instrumenten und Technologien. Der Anteil der Emissionsreduktionen aus GIS beträgt 54 %, jener aus CDM-Projekten 29 %, aus JI-Projekten 13 % und aus Fonds und Fazilitäten 4 % (Grafik 2).



Quelle: BMELFU/W/KPC, 2014

Grafik 2 und 3

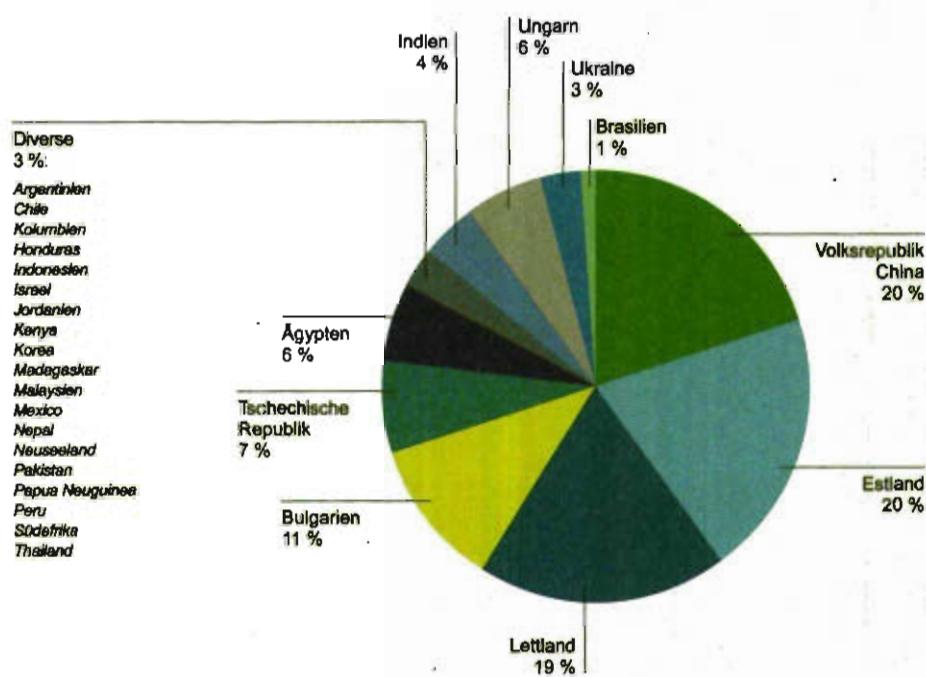
3 Leistungen des JI/CDM-Programms

Bei der Technologieverteilung (Grafik 3) ergibt sich aufgrund der GIS ein Schwerpunkt in den Bereichen Energieeffizienz und Erneuerbare Energie, bei den JI- und CDM-Einzelprojekten hat die Windkraft als Einzeltechnologie den größten Anteil.

Bei der Länderverteilung laut Grafik 4 stammt der überwiegende Anteil der Emissionsreduktionseinheiten aus den GIS-Vertragsländern Estland, Lettland, Tschechien und Bulgarien sowie aus China, von wo die meisten CDM-Einzelprojekte angekauft wurden.

Verteilung der vertraglich gebundenen Emissionsreduktionen nach Ländern

Stand: Ende 2013



Quelle: BMELVUW/KPC, 2014

Grafik 4

3.1.2. Angekaufte Emissionsreduktionseinheiten 2013

2013 konnte sich die Republik Österreich über einen neu abgeschlossenen CDM-Ankaufsvertrag weitere 199.000 Emissionsreduktionseinheiten für die Periode 2008 bis 2012 sichern, die für den Lückenschluss sowie zur Wiedereindeckung von Lieferausfällen aus dem bestehenden Portfolio dienen.

Dazu ist im Juni 2013 der Ankauf von 199.000 Tonnen Emissionsreduktionen aus dem CDM-Projekt „Paulinia Landfill Gas Project“ beschlossen worden. Das Projekt umfasst ein System zur Sammlung und kontrollierten Verbrennung von Methangas auf der Paulinia Mülldeponie, die rund 130 km nördlich von São Paulo in Brasilien liegt. Die Deponie ist von der Bauweise her mit europäischen Standards vergleichbar, es gibt ein umfassendes Monitoring-System und das Umweltmanagementsystem der Deponie ist nach ISO 14001 zertifiziert.

Auch die Menge von Assigned Amount Units (AAUs) aus Green Investment Schemes (GIS)³ konnte 2013 um 750.000 AAUs weiter erhöht werden. Dazu wurde das bereits bestehende GIS mit Bulgarien erweitert. Im bulgarischen GIS sind der Großteil der geplanten thermischen Sanierungsmaßnahmen bereits umgesetzt und die zugesagten Förderungen ausbezahlt. Dabei hat sich gezeigt, dass die geplanten Projekte aufgrund gesunkener Baukosten in Bulgarien zu geringeren Kosten als ursprünglich kalkuliert umgesetzt werden konnten. Mit den eingesparten Mitteln werden nunmehr weitere Projekte im GIS (vorwiegend thermische Sanierungen öffentlicher Schulen und Kindergärten) umgesetzt und damit der ökologische und sozioökonomische Nutzen des GIS bei gleichen Ausgaben weiter erhöht.

3.1.3. Portfoliomangement

Das Portfoliomangement ist ein wichtiges Steuerungsinstrument, um das Ankaufsziel möglichst punktgenau zu erreichen und den Portfolioankaufspreis zu optimieren. Insgesamt konnten im Jahr 2013 durch aktives Portfoliomangement rund 15,6 Mio. Euro durch Vertrags- und Mengenanpassungen sowie das Ausscheiden und kosten-günstige Wiedereindecken von wenig erfolgreichen Projekten zurückgewonnen werden.

Im Jahr 2013 wurden dabei u. a. folgende Adaptierungen im Portfolio vorgenommen:

Das Methangasvermeidungsprojekt V.P. Pig Farms Manure Methanisation, Methane Recovery and Energy Production Project in Thailand wurde aus dem Portfolio ausgeschieden. Bei diesem Projekt handelte es sich um die Sammlung und energetische Verwertung von Biogas bei einer Schweinefarm in Thailand. Die Methanrückgewinnungsanlage wurde zwar errichtet, das Projekt wurde aber nicht verifiziert, weshalb es aus dem Portfolio genommen wurde.

Weiters wurde das Projekt Xinheng Small Hydropower Project in der Volksrepublik China storniert. Trotz des sehr engen Kontaktes mit dem österreichischen Projektentwickler konnte die Registrierung des Projekts nicht realisiert werden. Eine Fortführung des Projekts im Portfolio des österreichischen Programms war daher nicht mehr möglich und das Vertragsverhältnis wurde beendet.

Auch das Projekt Mengniu Aoya Inner Mongolian Biogas Power Project wurde aus dem Portfolio ausgeschieden. Es wurde als CDM-Biogasprojekt in China entwickelt und registriert. Allerdings sind die Lieferungen von Emissionsreduktionen aufgrund technischer Schwierigkeiten beim Monitoring und dadurch fehlender Monitoring-Daten ausgeblieben.

Weitere Portfoliosteuerungsmaßnahmen umfassten Mengenanpassungen der vertraglichen Abnahmeverpflichtungen. So wurde beispielsweise beim Projekt Vacha Cascade – Tsankov Kamak die Vertragsmenge von 1 Mio. auf 410.000 Tonnen reduziert. Beim Projekt Meizhou Landfills Gas Recovery and Utilization wurde durch eine Teilterminierung die vertragliche Abnahmeverpflichtung von 1,12 Mio. Tonnen auf 190.000 Tonnen angepasst.

³ Bei einem Green Investment Scheme (GIS) ist das jeweilige Gastland Verkäufer der Emissionsreduktionseinheiten. Dem Käuferland stehen nach Abschluss des Ankaufsvertrags die Emissionsrechte unmittelbar für die eigene Kyoto-Zielerreichung zur Verfügung. Die Erlöse aus dem Verkauf werden im Gastland für den Aufbau und die Abwicklung eines staatlichen Instruments zur Förderung emissionsmindernder Klimaschutzprojekte verwendet.

3 Leistungen des JI/CDM-Programms

3.1.4. Prüfung von Klimaschutzprojekten zur Ausstellung eines „Letter of Approval“ durch die Republik Österreich

Die Beauftragung der Kommunalkredit Public Consulting (KPC) im Rahmen des Österreichischen JI/CDM-Programms umfasst auch die Prüfung eines Antrages auf Ausstellung eines Letter of Approval (LoA) für Unternehmen. Die Prüfung erfolgt auf Basis der Kyoto-spezifischen Kriterien in Anlehnung an die Prüferfordernisse für Projekte des Österreichischen JI/CDM-Programms. Die Anerkennung eines Projektes als JI- oder CDM-Projekt entsprechend den Kyoto-Kriterien setzt die Ausstellung eines LoA des Gastlandes und eines Investorlandes voraus. Die Ausstellung des LoAs durch Österreich für das beantragende österreichische Unternehmen ist erforderlich, damit die Zertifikate auf das Registerkonto des Unternehmens in Österreich transferiert werden können.

Im Jahr 2013 wurden drei Projekte für die Ausstellung der LoAs geprüft und der Kommission zur Beschlussfassung vorgelegt.

- Projekt Catalytic N₂O destruction project at the new nitric acid plant PANNA 3 of Enaex S.A., Chile
- Projekt Catalytic N₂O destruction project in the tail gas of nitric acid plants at Hu-Chems Fine Chemical Corp. Nr. 3, Korea
- Projekt Catalytic N₂O destruction project in the tail gas of nitric acid plants at Hu-Chems Fine Chemical Corp. Nr. 5, Korea

Auf Basis des Prüfergebnisses der KPC und der Empfehlung der JI/CDM-Kommission hat das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW) die LoAs für die oben genannten Projekte ausgestellt.

3.1.5. Öffentlichkeitsarbeit

Ein gut etabliertes Netzwerk zu den wesentlichen Stakeholdern sowie zu Projektentwicklern, Konsulenten und den zuständigen administrativen Stellen im Klimaschutzbereich hat das JI/CDM-Programm zu einem verlässlichen Partner im internationalen Carbon-Markt gemacht. Gezielte Kommunikations- und Öffentlichkeitsarbeit im Jahr 2013 hat zur Stärkung dieses Netzwerkes beigetragen.

Ein wesentlicher Bestandteil der Öffentlichkeitsarbeit ist der internationale JI/CDM-Workshop. Dieser wurde Ende Jänner 2013 zum bereits neunten Mal unter dem Titel „Welcome to a new era“ von der KPC veranstaltet. Mit dem Auslaufen der ersten Verpflichtungsperiode mit Jahresende 2013 ist der Übergang in eine neue Ära der Klimapolitik eingeleitet. Die Vortragenden setzten sich mit den damit einhergehenden zukünftigen Herausforderungen für die EU-Klimapolitik, mit der Roadmap 2050 und dem Carbon-Markt auseinander. An diesem zweitägigen Workshop nahmen rund 120 TeilnehmerInnen und 20 international renommierte Vortragende teil.

Im Vorfeld dieses internationalen Events waren speziell österreichische Unternehmen eingeladen, sich mit dem Thema „Auswirkungen der aktuellen Entwicklungen im Klimaschutz auf österreichische Unternehmen“ zu beschäftigen.

Die Veranstaltung wurde von der KPC in Kooperation mit dem BMLFUW, dem Wirtschaftsministerium, der Industriellenvereinigung und der Wirtschaftskammer Österreich organisiert. Der Schwerpunkt lag darin, den aktuellen politischen Rahmen nach der Klimakonferenz in Doha darzustellen und die Zukunft des Emissionshandelssystems aus dem Blickwinkel von Unternehmen unterschiedlicher Branchen zu betrachten.

Seitens der österreichischen Unternehmen wurde betont, dass die Klimaschutzpolitik Europas eine gute Basis für den Export von Umwelttechnologien schafft, im Endeffekt aber die Qualität der Produkte zählt. Als Voraussetzung für das Funktionieren von Klimaschutzinstrumenten wird die Schaffung weltweit verbindlicher Vereinbarungen erachtet. Mehr als 100 Interessenten nahmen an der Veranstaltung teil. Die CO₂-Emissionen, die durch An- und Abreise zu den beiden Workshops entstanden sind, wurden über Climate Austria kompensiert.

Im Jahr 2013 war das Österreichische JI/CDM-Programm auch bei anderen Veranstaltungen präsent, um gezielt die Diskussion mit relevanten Marktteilnehmern zu suchen. Beispielsweise war die KPC mit einem Messestand bei der Carbon Expo in Barcelona, der weltgrößten Messe im Klimaschutzbereich, vertreten. Dieses Ereignis wurde genutzt um mit Projektpartnern zusammenzutreffen und Details zu Liefermengen und Preisen zu verhandeln. Weiters nahmen MitarbeiterInnen der KPC an den Konferenzen Argus European Emissions Markets 2013 und Platts 5th Annual European Emissions Markets teil, um sich über die neuen Rahmenbedingungen zu informieren und mit Emissionshandelsunternehmen und relevanten Institutionen zusammenzutreffen. Ebenso nahm ein Experte der KPC an der Klimakonferenz in Warschau teil.



3 Leistungen des JI/CDM-Programms

3.2. Beteiligung österreichischer Unternehmen

Neben der eigentlichen Zielsetzung des JI/CDM-Programms, nämlich einen Beitrag zur Kyoto-Zielerreichung mit der möglichst kostengünstigen Unterstützung von ökologisch und sozioökonomisch nachhaltigen, internationalen Klimaschutzmaßnahmen zu leisten, wurde auch Augenmerk darauf gelegt, eine möglichst breite Beteiligung österreichischer Unternehmen zu erzielen. Der Ankauf von Emissionsreduktionseinheiten aus Green Investment Schemes (GIS), JI- und CDM-Projekten bot dabei Unternehmen aus dem Energie- und Umwelttechnikbereich sowie Beratungsfirmen und Finanzierungsinstitutionen die Möglichkeit, Produkte und Dienstleistungen zu liefern bzw. zu erbringen. Österreichische Unternehmen haben in beträchtlichem Umfang von den Investitionen des Österreichischen JI/CDM-Programms profitiert. Das folgende Kapitel gibt eine Übersicht zum Ausmaß der österreichischen Beteiligung und zu den Branchen, die am meisten von den Mitteln des JI/CDM-Programms profitierten.

3.2.1. Beteiligung österreichischer Unternehmen an Projekten im Rahmen von Green Investment Schemes

Es war ein ausgewiesenes Ziel der Ankaufsstrategie, die Teilnahme heimischer Unternehmen an der Umsetzung von klimarelevanten Projekten im Rahmen der Green Investment Schemes (GIS) mit Bulgarien, Estland, Lettland und Tschechien zu ermöglichen. Um eine möglichst hohe Beteiligung von österreichischen Unternehmen erzielen zu können, erfolgte eine enge Zusammenarbeit mit den MitarbeiterInnen der Außenwirtschaftsorganisation der WKÖ. Auch wurde in den GIS-Verträgen vorgesehen, dass durch eigene Informationsveranstaltungen zur Bewerbung der Maßnahmen österreichische Unternehmen aktiv und frühzeitig angesprochen werden, damit diese ihre Marktchancen bei den Umwelttechnologieausschreibungen wahrnehmen können.

Von den bestehenden GIS-Ankaufsverträgen ist bislang jener mit der Tschechischen Republik abgeschlossen worden. Die dort gewonnenen Erfahrungen werfen ein sehr positives Licht auf die österreichischen Exportmöglichkeiten unter GIS. Demnach wurden unter dem gesamten GIS-Förderungsprogramm in der Tschechischen Republik rund 74.000 Einzelmaßnahmen⁴ gefördert und ausbezahlt, wobei bei 11,4 % auch österreichische Technologie eingesetzt wurde (8.446 Einzelmaßnahmen bei 7.400 Projekten). Österreich hat sich mit rund 33 Millionen Euro am tschechischen GIS beteiligt. Der Großteil der gesamten verfügbaren Förderungsmittel in der Größenordnung von 802 Millionen Euro stammt aus den Ankäufen von japanischen Unternehmen und vom staatlichen japanischen Ankaufsprogramm, vergleichsweise kleine Beiträge wurden von der Weltbank und Spanien beigesteuert. Im Zuge der Evaluierung des tschechischen GIS hat sich herausgestellt, dass österreichische Unternehmen bei 8.446 Einzelmaßnahmen mit einem Lieferwert von rund 30,6 Millionen Euro als Technologielieferanten aufgetreten sind. D. h., österreichische Unternehmen konnten sich damit überproportional gut gegenüber anderen Anbietern durchsetzen und rund 92 % der Mittel, die Österreich für dieses GIS aufgewendet hat, sind österreichischen Unternehmen zugutegekommen.

Die anderen acht GIS-Verträge mit Bulgarien, Estland und Lettland sind noch in Umsetzung, weshalb hier nur der gegenwärtige Stand der österreichischen Beteiligung an den GIS-Maßnahmen abgeschätzt werden kann (Tabelle 2). Erfreulich ist, dass zum Status quo und über alle österreichischen GIS-Beteiligungen gesamthaft betrachtet, österreichische Umwelttechnologieexporte im Ausmaß von rund 56 Millionen Euro erzielt werden konnten.

⁴ Die Zahlenbasis stammt aus dem Monitoring-Report des tschechischen Umweltministeriums sowie aus der Endevaluierung des GIS durch die KPC.

In Relation zu den insgesamt im Rahmen von GIS getätigten Investitionen von rund 148 Millionen Euro entspricht dieser Wert rund 38 % des Investitionsvolumens, das wieder nach Österreich retour geflossen ist. Insbesondere konnten österreichische Hersteller von Umwelttechnologien wie Speicherkessel, Steuerungen und anderen Ausrüstungen von Biomasseanlagen sowie Rohrnetzbieter für Nahwärmennetze im Rahmen der GIS-finanzierten Projekte in Estland und Lettland Aufträge lukrieren.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick zur österreichischen Beteiligung und den Anlagenarten, die in den einzelnen GIS vor allem eingesetzt wurden.

Überblick zur österreichischen Beteiligung		
GIS Vertragsland	Wert der österreichischen Beteiligung (In Mio. EUR)	Anlagen
Bulgarien *	0,5 + 0,6 **	Dämmstoffe, Windkraftanlagen
Estland *	6,9	Ausrüstungen für Biomassekraftwerke, Rohrleitungen
Lettland *	17	Ausrüstungen für Biomassekraftwerke
Tschechien	30,6	Thermische Solaranlagen, Speicherkessel, Dämmstoffe
Summe	56	

Quelle: BMF/FUW/KPC, 2014

Tabelle 2

* GIS noch in der Umsetzungsphase und damit noch vorläufige Zahlen

** Darstellung inklusive der Förderungsoption für österreichische Unternehmen bei Windkraftanlagen

3.2.2. Beteiligung österreichischer Unternehmen an JI/CDM-Projekten

Anders als bei Green Investment Schemes (GIS) ist beim Ankauf von Emissionsreduktionseinheiten über die flexiblen Mechanismen Joint Implementation (JI) und Clean Development Mechanism (CDM) die Beteiligung von österreichischen Unternehmen nur eingeschränkt möglich. Bei JI- und CDM-Projekten kann eine österreichische Exportbeteiligung meist nicht aktiv beeinflusst werden. Ein Großteil der Projekte wurde dem österreichischen Programm zu einem Zeitpunkt angeboten, zu dem die Entscheidung für die Technologieausrüstung bereits gefallen war. Zum anderen werden die Projekte oftmals in Ländern implementiert, die von heimischen Technologieanbietern nicht als Exportmärkte gesehen werden. Trotzdem wurden im JI/CDM-Programm Möglichkeiten für österreichische Umwelttechnologieexporte aktiv verfolgt und Ankaufsmöglichkeiten gesucht, wo Beteiligungsmöglichkeiten gegeben waren. Die Auswertungen der bislang abgeschlossenen Projekte haben gezeigt, dass heimische Unternehmen nicht nur bei der Lieferung von Ausrüstungen für die Implementierung der Projekte, sondern vor allem auch bei der Entwicklung der JI- und CDM-Projekte als Konsulenten auftreten.

Insgesamt beträgt der Wert der österreichischen Beteiligung bei JI- und CDM-Projekten rund 100 Mio. Euro, wobei hierbei zwei Projekte besonders hervortreten. Zum einen das JI-Projekt Vacha Cascade - Tsankov Kamak in Bulgarien, bei dem ein Großteil der Leistungen, wie etwa Planungs- und Bauleistungen, Technologieausrüstung und Exportfinanzierung über österreichische Unternehmen erbracht worden ist. Zum anderen das CDM-Projekt N₂O Abatement Project at AFC Egypt - Abu Qir in Ägypten, wo unter österreichischer Unternehmensbeteiligung die gesamte Investition in die N₂O-Vermeidung bei der Düngemittelproduktion getätigt wurde. Diese beiden österreichischen Unternehmensbeteiligungen machen rund 73 % der gesamten österreichischen Beteiligung bei JI- und CDM-Projekten aus. Zu den Branchen, die bei den anderen Projekten zum Zug kamen, gehören insbesondere die Sparten Wasserkraft, Biomasse-Kraft-Wärme-Kopplungen sowie Gasmotoren zur Erzeugung von elektrischer Energie aus Bio- oder Deponiegas.

3 Leistungen des JI/CDM-Programms

Ein weiterer Aspekt der österreichischen Unternehmensbeteiligung ist die Entwicklung eines JI- bzw. CDM-Projekts durch österreichische Unternehmen. Insbesondere zu Beginn des Programms war es eine Zielsetzung die Kyoto-spezifische Projektentwicklung eines JI- oder CDM-Projekts zu unterstützen, um diese Projekte dem Programm frühzeitig und kostengünstig sichern zu können. Von diesen Projektunterstützungen konnten auch österreichische Beratungsunternehmen, die JI- und CDM-Projekte entwickelten, maßgeblich profitieren. Beratungsunternehmen wurden für erbrachte Leistungen, wie die Erstellung von Projektunterlagen oder die Abwicklung des Einreichverfahrens als JI- oder CDM-Projekt, im Rahmen der Projektentwicklung mit bis zu 50 % der Kosten unterstützt. Insgesamt sind dabei Projektunterstützungen im Wert von rund 1,2 Mio. Euro österreichischen Unternehmen zugutegekommen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass österreichische Unternehmen der Energie- und Umwelttechnikbranche von der Implementierung der Klimaschutzprojekte im Rahmen des JI/CDM-Programms profitiert haben. Insbesondere im Bereich des Ankaufs unter GIS, wo die Setzung von gezielten Maßnahmen zur Erhöhung der österreichischen Unternehmensbeteiligung möglich ist, kann schon jetzt auf eine sehr positive Bilanz geblickt werden. Aber auch im Bereich des Projektankaufs aus JI- und CDM-Projekten, wo die aktive Steuerung in Richtung österreichischer Technologieexporte weitaus schwieriger zu erzielen ist, ist eine beachtliche Beteiligung von heimischen Unternehmen realisiert worden.

3.3. Resümee

Österreich hat sehr früh den notwendigen Rahmen gesetzt, um seine Verpflichtungen in der ersten Kyoto-Periode 2008 bis 2012 unter Nutzung der Kyoto-Mechanismen erfüllen zu können. Im Rahmen der Budgetbegleitgesetze 2003 wurde eine Novelle zum Umweltförderungsgesetz (UFG) verabschiedet, die am 21.8.2003 in Kraft getreten ist. Damit wurde ein nationales Programm zur Nutzung der projektbezogenen flexiblen Mechanismen Joint Implementation (JI) und Clean Development Mechanism (CDM) eingerichtet. Mit der Umsetzung des Programms wurde die Kommunalkredit Public Consulting (KPC) beauftragt.

Ziel des Österreichischen JI/CDM-Programms ist es, durch Nutzung der projektbezogenen flexiblen Mechanismen (JI und CDM) sowie Green Investment Schemes (GIS), einen Beitrag zur Erreichung des österreichischen Kyoto-Ziels zu leisten. Dabei wurden insbesondere jene Ankaufsmöglichkeiten verfolgt, die über hohe Sozial- und Umweltintegrität verfügen und gleichzeitig die kostengünstige Realisierung der Ankaufsverpflichtung sicherstellen. Die Beteiligung österreichischer Unternehmen war bei der Umsetzung des Programms ebenfalls im Fokus. Das Ankaufsziel wurde dabei kontinuierlich erhöht. Mit der Novelle des UFG im Jahr 2012 wurde die Zielsetzung auf maximal 80 Mio. Emissionsreduktionseinheiten erhöht, um die Einhaltung des Kyoto-Ziels für die Periode 2008 bis 2012 sicherstellen zu können.

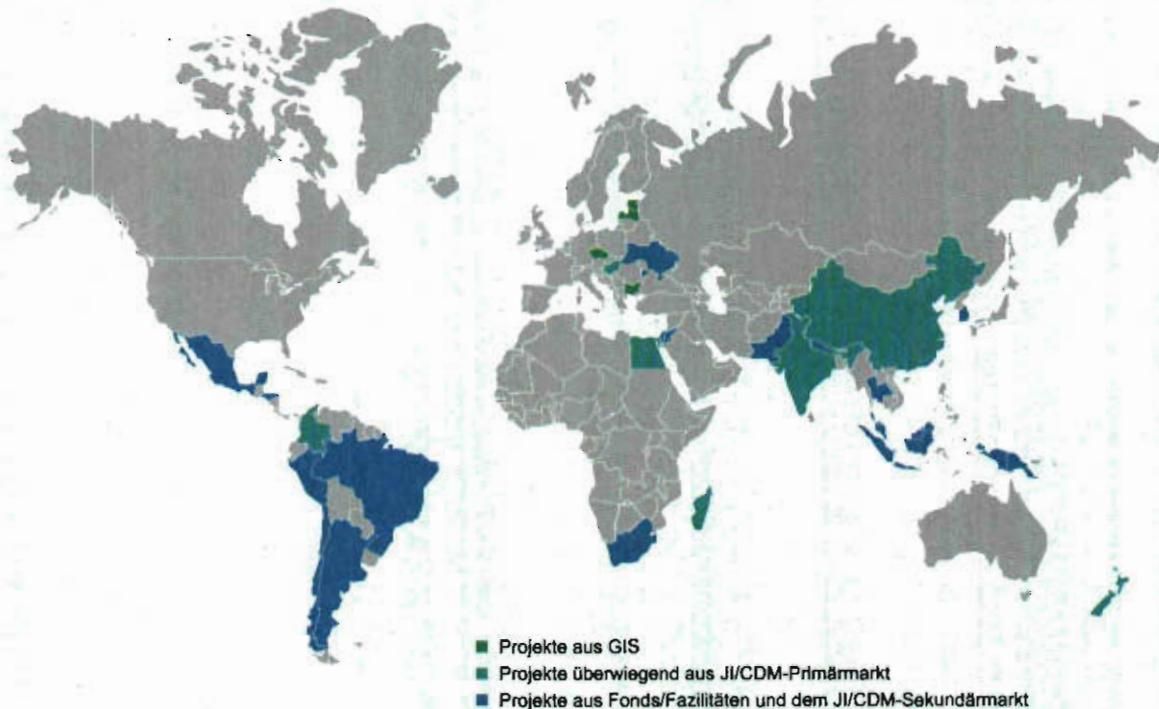
Nach der aktuellen Abschätzung aufgrund der österreichischen Treibhausgasinventur ist derzeit davon auszugehen, dass mit den vertraglich gesicherten Ankäufen die Einhaltung des österreichischen Kyoto-Ziels sichergestellt werden kann.

Dieser Lückenschluss wurde über ein Projektportfolio bestehend aus Zertifikaten aus JI- und CDM-Projekten, CDM-Fazilitäten sowie Zertifikaten aus GIS und einer Fondsbeteiligung am Community Development Carbon Fund (CDCF) der Weltbank realisiert.

Dazu wurden annähernd 400 Ankaufsmöglichkeiten detailliert geprüft, mit 74 Projekten besteht ein aufrechtes Vertragsverhältnis. Das JI/CDM-Programm ist dazu weltweit tätig und unterstützt Projekte und Programme in 29 Ländern. In der nachfolgenden Grafik sind die Ankäufe von Emissionsreduktionseinheiten aus GIS und aus CDM- und JI-Projekten am Primär- und Sekundärmarkt sowie aus zwei CDM-Fazilitäten und der CDCF-Fondsbeziehung der Weltbank dargestellt.

Verteilung der weltweiten Projekte am JI/CDM-Primär- und Sekundärmarkt

Stand: Ende 2013



Quelle: BMLFUW/KPC, 2014

Grafik 5

In der ersten Phase des Programms wurden vor allem JI- und CDM-Projekte abgeschlossen. Die Projekte waren meist in einem frühen Stadium der Projektumsetzung, teilweise wurde auch die Kyoto-spezifische Projektentwicklung gefördert, um die Zertifikate möglichst kostengünstig ankaufen zu können. In der späteren Programmphase wurden die Ankäufe primär über bilaterale Verträge im Rahmen von GIS getätigt. Der Ankauf über GIS hat es dem Programm ermöglicht, größere Zertifikatsmengen über einen Vertrag anzukaufen. Diese Maßnahmen haben dazu geführt, dass rund die Hälfte der Emissionsreduktionen im Programmportfolio aus GIS stammt. Österreichische Umwelttechnikunternehmen haben dabei im Rahmen der Förderungsprogramme in den GIS-Ländern erhebliche Exportchancen realisieren können. Aber auch bei den Emissionsreduktionseinheiten, die direkt aus JI- oder CDM-Projekten angekauft wurden, konnte ein nennenswerter Anteil an österreichischer Exportbeteiligung realisiert werden. Ebenso konnten österreichische Beratungsunternehmen, die bei der Entwicklung von JI- oder CDM-Projekten tätig waren, im Rahmen der Projektentwicklung unterstützt werden.

3 Leistungen des JI/CDM-Programms

Durch die hohen Standards bei der Projektbeurteilung ist es gelungen, ein Projektportfolio aufzubauen, welches eine hohe Projektqualität aufweist. Zwei Projekte, aus denen Emissionsreduktionseinheiten angekauft wurden, wurden als Gold Standard-Projekte registriert. Der Gold Standard ist ein Qualitätsstandard für CDM-Projekte, an dessen Entwicklung seit 2003 ExpertInnen des WWF und anderer Umweltorganisationen beteiligt sind. Er stellt sicher, dass Projekte unter CDM besonderen Ansprüchen hinsichtlich ökologischer und sozioökonomischer Effekte genügen. Bei den Gold Standard-zertifizierten Projekten handelt es sich um zwei chinesische Windkraftanlagen, die im März 2009 unter Vertrag genommen wurden.

Einen weiteren wichtigen Stellenwert im Management des Österreichischen JI/CDM-Programms nimmt das Vertrags- und Risikomanagement der Projektverträge ein. Darunter versteht sich in erster Linie die Administration und Adaption der bestehenden Verträge hinsichtlich Lieferverzögerungen oder -ausfällen und deren Kompensationen. In der Phase nach dem Vertragsabschluss liegt der Tätigkeitsschwerpunkt im Management von Unterlieferungen bzw. Projektausfällen.

Das aktive Vertrags- und Risikomanagement ist in zweierlei Hinsicht von großer Bedeutung. Zum einen dient es der möglichst punktgenauen Erreichung der Kyoto-Zielmenge. Zum anderen wird die aktive Portfoliosteuerung dazu eingesetzt, die finanziellen Aufwendungen für den Ankauf gering zu halten und die zur Verfügung stehenden Budgetmittel möglichst kosteneffizient einzusetzen.

Als Unterstützung beim Vertrags- und Risikomanagement hat die KPC dafür ein eigenes Portfoliobewertungs- und Risikosteuerungstool entwickelt. Dieses gewährleistet einerseits, dass sämtliche Änderungen im Projektportfolio jederzeit nachvollzogen werden können und dadurch optimal steuerbar sind, und andererseits, dass drohenden Risiken rechtzeitig und wirksam begegnet werden kann. Dazu werden länderspezifische, politische, finanzielle und technologische Risiken sowie Risiken betreffend die Registrierung ebenso berücksichtigt, wie mögliche Total- und Teilausfallswahrscheinlichkeiten. Darauf aufbauend wird das Gesamtportfolio-Mengenrisiko errechnet und entsprechend dem vorgegebenen Berichtswesen kommuniziert.

Im Rahmen dieser Risikosteuerungsaktivitäten ist es gelungen, seit dem Jahr 2008 die notwendigen finanziellen Mittel für den Ankauf der Emissionsreduktionseinheiten sukzessive zu verringern. Dabei konnte der durchschnittliche Portfoliopreis von über neun Euro pro Emissionsreduktionseinheit⁶ im Jahr 2008 auf mittlerweile knapp über sechs Euro gesenkt werden. Durch die Stornierung von Projekten mit mangelnder Lieferaussicht bzw. die Teilterminierung von nicht einbringbaren Emissionsreduktionseinheiten, die Mengenanpassung in den Lieferverträgen sowie die jeweils kostengünstigere Wiedereindeckung konnten bisher in Summe rund 165 Mio. Euro gegenüber den ursprünglich vertraglich gebundenen Mitteln eingespart werden.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass Österreich bereits sehr früh (2003) die notwendigen Schritte gesetzt hat, um seine Verpflichtungen in der Periode 2008 bis 2012 unter Nutzung der Kyoto-Mechanismen erfüllen zu können. Diese Vorgehensweise war erfolgreich und hat letztlich dazu geführt, dass Österreich die notwendigen Emissionsreduktionseinheiten kosteneffizient und im notwendigen Umfang ankaufen konnte. Darüber hinausgehend ist es gelungen, ein Projektportfolio aufzubauen, welches hohe Projektqualitäten aufweist und Beteiligungsmöglichkeiten für österreichische Unternehmen eröffnet hat.

⁶ Preise excl. Transaktionskosten

3.4. Ausblick

Österreich hat seine Verpflichtung zur Erfüllung der Kyoto-Zielsetzung weitgehend erfüllt und die Lücke zwischen der notwendigen Reduktion der Treibhausgase in Österreich und jenen Emissionsreduktionen, die durch nationale Maßnahmen erreicht werden können, durch die Tätigkeiten des Österreichischen JI/CDM-Programms kosteneffizient geschlossen. Daher beschränken sich die nun anstehenden kurzfristigen Maßnahmen des Österreichischen JI/CDM-Programms auf das Portfoliomanagement zur gesicherten Zielerreichung innerhalb der sogenannten „True-up Period“ (das ist der Zeitraum, bis zu dem Österreich letztgültig die Einhaltung des Kyoto-Protokolls nachweisen muss). Das Ende der „True-up Period“ ist noch nicht endgültig festgelegt, wird aber voraussichtlich Ende 2015 / Anfang 2016 sein. Bis dahin können noch Ankäufe getätigt werden, um das Portfolio zu optimieren und weitere Kosteneinsparungen zu realisieren sowie etwaige Veränderungen in der verifizierten Treibhausgasbilanz Österreichs auszugleichen. Nach Abschluss der „True-up Period“ ist die erste Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls formal abgeschlossen. Bereits bei der Weltklimakonferenz in Doha im Jahr 2012 wurde eine zweite Verpflichtungsperiode unter dem Kyoto-Protokoll, die von 2013 bis 2020 dauert, beschlossen. In dieser zweiten Verpflichtungsperiode hat die EU jene Reduktion des Treibhausgasausstosses zugesagt, die sie auch im Rahmen der EU-Effort Sharing Directive (ESD), welche die nationalen staatlichen Klimaziele der Mitgliedstaaten bis 2020 festschreibt und unter dem ETS vorgesehen sind, zugesagt hat.

In der neuen Periode 2013 bis 2020 werden gegenüber der ersten Verpflichtungs-Periode 2008 bis 2012 wesentliche Unterschiede zu beachten sein. In der ersten Kyoto-Periode standen Österreich pro Jahr Emissionsrechte in Höhe von rund 69 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalent (einschließlich des ETS) zur Verfügung, wobei die Zielerreichung über die gesamte Periode betrachtet abgerechnet wird. Damit können Schwankungen im Treibhausgasausstoss über die fünf Jahre der Verpflichtungsperiode ausgeglichen werden.

Ab 2013 werden ETS- und Nicht-ETS-Bereich getrennt behandelt. Für den Nicht-ETS-Bereich muss ein linearer, sinkender Zielpfad eingehalten werden und die Einhaltung ist jährlich, erstmalig 2015, sicherzustellen. Die Voraussetzungen für eine Zieleinhaltung liegen jedoch aufgrund der Referenzierung auf das Basisjahr 2005 günstiger als in der ersten Kyoto-Periode. Das Ziel Österreichs ist eine Reduktion des Treibhausgasausstosses von -16 % bis 2020 gegenüber 2005, damit ist im Jahr 2020 ein Zielwert von 47,87 Millionen Tonnen für den Nicht-ETS-Bereich zu erreichen.

Österreich hat bereits in der Vergangenheit inländische Maßnahmenpakete getroffen, um seine Klimaziele zu erreichen. Es besteht ein klares Bekenntnis zu den 20:20:20-Zielen im Klima- und Energiepaket der EU für den Zeitraum 2013 bis 2020. Daher legt Österreich auch weiterhin den Fokus seiner Ambition auf inländische Klimaschutzmaßnahmen und forciert so die Erreichung der Klimaschutzziele.

Abkürzungsverzeichnis

AAU	Assigned Amount Unit (Staaten zugeordnete Emissionszertifikate gemäß dem Kyoto-Protokoll)
ADP	Ad-Hoc-Working Group on the Durban Platform
BMLFUW	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
CDCF	Community Development Carbon Fund
CDM	Clean Development Mechanism
CER	Certified Emission Reduction (Emissionsreduktion bei CDM-Projekten) pCER = primary CER; sCER = secondary CER
CO₂	Kohlendioxid
ERE	Emissionsreduktionseinheiten
ESD	Effort Sharing Directive
ETS	Emission Trading Scheme (Europäisches Emissionshandelssystem)
EU	Europäische Union
EUA	European Union Allowance (Emissionszertifikat im europäischen Emissionshandelssystem)
GIS	Green Investment Schemes
JI	Joint Implementation
KPC	Kommunalkredit Public Consulting GmbH
LoA	Letter of Approval
Mio.	Millionen
NGO	Non-Governmental Organization
N₂O	Distickstoffoxid, Lachgas
REDD+	Reducing Emissions from Deforestation and Degradation
t	Tonnen
THG	Treibhausgas
UN	United Nations (Vereinte Nationen)
UFG	Umweltförderungsgesetz
WKO	Wirtschaftskammer Österreich



**MINISTERIUM
FÜR EIN
LEBENSWERTES
ÖSTERREICH**

bmf.klimawandel